

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1^½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24^½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 25. Febr. Se. K. H. der Prinz-Regent haben am 19. d. Mts. um 2½ Uhr im Altherhöchstbrem Palais dem zum kaiserlichen französischen außerordentlichen Gefandten und bevollmächtigten Minister am biegsigen Hofe ernannten Prince de la Tour d' Auvergne eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Maj. des Kaisers der Franzosen entgegenzunehmen geruhet, wodurch derselbe in der gedachten Eigenschaft bei Altherhöchstbrem beglaubigt wird.

Am Pädagogium in Züllichau ist der ordentliche Lehrer Fuchs zum Oberlehrer befördert; am Gymnasium zu Brandenburg die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Heinrich Lange als Kollaborator; so wie am Gymnasium zu Kolberg die Anstellung des Dr. Reichenbach als ordentlicher Lehrer genehmigt; und an dem Gymnasium zu Magdeburg der wissenschaftliche Hörsel Lehrer Woltz als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Angekommen: Der außerordentliche Gefandte und bevollmächtigte Minister am großherzoglich badischen Hofe, Graf von Clemming, von Karlsruhe.

Abgereist: Der Generalmajor und Remonte-Inspekteur, Synold von Schütz, nach Düsseldorf.

Nr. 49 des St. Anz. enthält Seitens des l. Ministeriums der landwirtschaftlichen Angelegenheiten eine Circular-Befreiung vom 4. Februar 1860, bei der den Erlaß polizeilicher Verordnungen zum Schutz für die nüchternen Vögel.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Freitag 24. Februar, Abends. Hier eingetroffene Nachrichten aus Rom vom 21. d. melden, daß am verhüten Sonntag eine Kommission aus 10 Kardinalen bestehend, die Antwort auf die Thouvenel'sche Depesche berathen habe. Es wird versichert, daß Se. Heiligkeit der Papst ein eigenhändiges Schreiben vom Könige von Sardinien erhalten habe, welches die Unmöglichkeit nachweise, daß der Papst die Marken und Umbrien halten könne und ein desselbiges Uebereinkommen vorschlage. Die Antwort des Papstes soll eine verneinende gewesen und in derselben ausgesprochen sein, daß der heilige Vater auf Alles gefaßt sei.

(Eingegangen 25. Februar 8 Uhr Vormittags.)

London, Sonntagnachmittag, 25. Febr. In der so eben beendeten Sitzung des Unterhauses tadelte Sir Archibald Evans die Vorschläge zur Regelung der italienischen Verhältnisse, da dieselben dem Prinzip der Nichtintervention widersprachen. Lord Russell erklärt, die Regierung habe gehandelt, wie sie es dem Zwecke einer friedlichen Lösung entsprechend gehalten. Er zeigt an, daß er die Reformbill am nächsten Sonnabend einzubringen beabsichtige. Bei der Fortsetzung der Debatte über das mehrerwähnte Amendement Duane's sprechen Newdegate und Parry dafür, Gibson dagegen. Osborne meint, der Vertrag werde, bei der dadurch erzielten Allianz mit Frankreich, eine Entwaffnung möglich machen. Die Abstimmung ergibt 223 dafür, 339 dagegen, also eine Majorität von 116 Stimmen für die Regierung. — Die heutigen Journale melden, die Kanalflotte sei gestern nach Lissabon abgegangen. Den umlaufenden Gerüchten infolge solle dies eine Demonstration gegen die Friedensbedingungen sein, welche die spanische Regierung Marokko gestellt.

(Eingegangen 25. Februar 10 Uhr 38 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 24. Febr. [Vom Hofe; Militärisches; Festlichkeit; neue Lokomotiven.] Die Königin empfing heute Mittag den Besuch des Prinzen August von Württemberg, welcher zuvor eine Truppenbesichtigung in Potsdam abgehalten hatte. Gestern Mittag verweilte der Prinz Friedrich längere Zeit im Schlosse Sanssouci. — Der Prinz-Regent ließ sich heute Vormittag von dem Polizeipräsidenten v. Zedlitz, dem Generalintendanten v. Hülsen und dem Geheimrat Blaize Vortrag halten und arbeitete darauf mit den Ministern v. d. Heydt und dem Grafen Pückler. Wie es heißt, hatte diese Konferenz auch die Oberstaatsräte zum Gegenstande. Später empfing der Prinz-Regent Generalmajor und Remonteinspektor Synold v. Schütz, welcher bekanntlich beauftragt ist, die von dem 1., 2., 7. und 8. Kürass. Reg. für ein neues Ulanen-Reg. abzugebenden Eskadronen zu besichtigen. Nachdem jetzt die betr. Regimentskommandeure dem Kriegsministerium gemeldet, daß die Auswahl an Mannschaften und Pferden beendet sei und die Eskadronen abgegeben werden können, hat heute Abend der General diese Inspektionskreise angetreten und ist zunächst nach Düsseldorf abgereist. Wie schon gemeldet, geht der Inspekteur darauf nach Halberstadt, Potsdam und Breslau. Die Regimentskommandeure haben ziemlich viel Zeit gebraucht, um aus dem Bestande ihrer Regimenter die betreffende Anzahl von Mannschaften und Pferden für das neu zu formirende Ulanenregiment herauszufinden und zur Disposition zu stellen und dennoch dürfte der General und der Grafen v. Schütz nicht überall durchweg mit der getroffenen Auswahl einverstanden sein. — Heute Nachmittag erschien wieder der ganze Hof auf der Promenade im Tiergarten; um dieselbe Zeit war der Thiergarten bei dem schönen Wetter von Spaziergängern sehr belebt. Etwa um 5 Uhr kehrten die hohen Herrschaften zur Stadt zurück. Der Prinz Karl hatte sich heute die Generale v. Hahn, v. Prittwitz, v. Brese-Winiary und andere höhere Militärs, sowie Offiziere vom Garde-Artillerie-Regiment zur Tafel geladen. Unter den Gästen befand sich auch der Prinz Christian v. Schleswig-Holstein, Rittmeister im 1. Kürassier-Regiment.

Über die Pensionierung des Generals v. Brese-Winiary scheint bis jetzt noch nichts festzustehen. Daß der General vor etwa fünf Monaten seinen Abschied nachgefordert hat, ist Thatache, allein der Prinz-Regent hat das entscheidende Wort noch nicht gesprochen.

Als Nachfolger des Generals in seiner gegenwärtigen Stellung als General-Inspekteur der Festungen ic. wurden sogleich Prinz Albrecht und der General v. Prittwitz genannt. — Das Offizierkorps des 20. Landwehr-Regiments hatte gestern Abend in Arnim's Hotel ein schönes kameradschaftliches Fest veranstaltet. Anfangs hatte man die Absicht, nur eine Ballfeierlichkeit mit Souper zu arrangieren; man wünschte aber den Besuch hoher Herrschaften, und da diese keine Ballfeste besuchen, so ließ man eine Darstellung lebender Bilder mit Gesangbegleitung vorangehen. Die Festlichkeit fand in dem mit Waffen aller Art geschmackvoll dekorierten Saale statt.

Die Aufführung der lebenden Bilder wurde durch eine Ouverture und einen darauf folgenden Prolog eingeleitet. Der Prinz Friedrich Wilhelm wohnte dieser Vorstellung mit sichtlichem Interesse bei und sagte den Offizieren, welche dabei mitgewirkt hatten, am Schlusse für den ihm bereiteten Genuß in freundlichster Weise seinen Dank; in gleicher Weise sprachen sich der Herzog von Ratibor und der Fürst W. Radziwill aus. Hierauf begann das Festmahl,

bei dem General v. Webern in kräftigen Worten den König, den Prinz-Regenten und das königliche Haus hochleben ließ. Den Schluss des schönen Festes bildete ein Ball, der mit einer Polonaise eröffnet wurde und bis Morgens 3 Uhr dauerte. Unter den Gästen befanden sich mit anderen hochgestellten Personen auch der General-Feldmarschall v. Wrangel, die Generale v. Alvensleben, v. Bialke ic.

— Aus der Maschinenbauanstalt des Kommerzienrats Borsig gingen heute Abend 2 neue Lokomotiven für die Rheinische Bahn nach Köln. In denselben war eine neue Vorrichtung angebracht, die den Bahngütern jedenfalls treffliche Dienste leisten wird. Dieselbe besteht nämlich darin, daß Kästen, die mit Streusand gefüllt sind, sich über den Sideröhren befinden. Tritt Glätte ein, was im Herbst, Winter und Frühjahr auf dem Bahkörper häufig vorkommt, und fangen die Triebräder an zu schleudern, so öffnet der Maschinist von seinem Stande aus mittels eines Ventils die Kästen und der Sand läuft durch Röhren von beiden Seiten

der Maschine auf den Schienenstrang.

— [Die Wucher gesetzv. vorl. g.] Die Finanz- und Handelskommission des Hauses der Abgeordneten hat die Wuchergesetzvorlage berathen und empfiehlt dem Haufe die Annahme der Regierungsvorlage. Vier Stimmen haben dagegen gestimmt. Auch hat die Kommission noch eine Resolution beschlossen, in welcher die Regierung ersucht wird, die Beschränkungen der Banken aufzuheben, die Kreditinstitute zu vermehren ic.

PB — [Preußischer Handelsstag.] 3. Plenarsitzung den 24. Februar Vormittags 11 Uhr. Dr. Weigel (Breslau) verliest den Bericht der Kommission für Geschäftsbörsenordnung und periodische Wiederkehr des Handelsstages (Nr. XXVI). Der Antrag der Kommission, die von den Berliner Handelsältesten entworfen Geschäftsbörsenordnung für diese Sitzungsperiode anzunehmen, vorbehaltlich der von der Kommission noch im Lauf der Periode einbringenden Abänderungsvorschläge, wird angenommen. Den Bericht der Kommission für Feststellung der Usancen erstattet Herr Schmidtmann (Berlin). Nachdem die übrigen Anträge von Nr. 1 der Tagesordnung theils zurückgezogen, theils der Kommission ad XXIV. überwiesen worden sind, bleibt nur noch I, zu welchem die Kommission folgenden Antrag gestellt hat: Der Handelsstag wolle beschließen: die hier vertretenen Handelsgesellschaften zu veranlassen, a) die Berechnungsart der Getreidesorten nach Gewicht stattfinden zu lassen, b) statt der Vermessung die Verwiegenung einzuführen; c) als Norm für die Berechnung des Gewichtes zu empfehlen: bei Weizen 2100 Pf., bei Roggen 2000 Pf., bei Gerste 1800 Pf., bei Hafer 1200 Pf., bei anderen Produkten durch 100 Pf. theilbar, und d) als Zeitpunkt, wo diese Usance ins Leben tritt, den 1. Januar 1861 zu bestimmen. Von der Kommission ist der Antrag gestellt: Die Regierung zu eruchen, von der vom Handelsministerium empfohlenen Einführung der Brixischen Skala und Tabelle beim Vermessen des Spiritus abzusehen, und zu diesem Antrage wird noch das Amendingen gestellt: wenn diesem Verlangen nicht stattgegeben werden sollte, die Regierung zu eruchen, die zeitigeren Greinerschen Alkoholometer beizubehalten und die Richtigkeit derselben durch Stempelung zu sichern. — Es folgen noch mehrere Kommissionsernennungen. — Zu Nr. XVIII. Aufhebung der Messe, entscheidet die Majorität sich für Behandlung im Plenum. Der Antrag, von Königsberg ausgehend, wird zurückgezogen. Eben so der Antrag, betreffend die Armenverfassung. Nächste Sitzung morgen um 11 Uhr.

— [Ein Wintergewitter.] Am 19. d. ist in vielen Orten der westlichen Provinzen die um diese Zeit ungewöhnliche Erscheinung eines Gewitters beobachtet worden, daß auch mehrfach eingeschlagen und gezündet hat. In Mehlis ist, wie wir schon gemeldet haben, der Thurm und die Kirche durch dasselbe eingeschert worden. Aus Jülich wird berichtet, daß um 10 Uhr Abends ein Blitzstrahl unter durchbarem Krachen in zwei an einander stoßende Häuser fuhr, die Dächer derselben sehr beschädigte und in den Häusern Vieles zertrümmerte, jedoch glücklicherweise nicht zündete. In Heinsberg schlug der Blitz in den Thurm der Kirche zum h. Gangolphus und entzündete denselben, das Feuer wurde indeß noch im Entstehen gelöscht. — Um dieselbe Zeit hat man dies Gewitter auch in vielen Städten Belgien, namentlich in Lüttich, Namur, Löwen, Brüssel und Antwerpen beobachtet. Besonders heftig waren die Donnerschläge und Blitze in Brüssel. In Lüttich hörte nach den Donnerschlägen der Sturm und der Schneefall plötzlich auf. Der

Inschriften
(1) Sgr. für die fünfgesparte Zeile oder deren Raum; Neuklamen verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Blitz traf den Thurm der Kirche Saint Gommaire in Lierne und zündete, so auch den Kirchturm von Puers und den von Aertse laer. Die Kirchen wurden gerettet. Die Kirche von Wesenau in der Nähe von Löwen, eine der schönsten und reichsten des Bezirks, wurde gänzlich vom Feuer verzehrt, wie auch einige anstoßende Häuser. Zwischen 9 und 10 Uhr wurden auch die Kirchen von Lobes, Walcourt und Marchienne-au-Port vom Blitz getroffen. Man wurde aber bald Herr des Feuers. Die Pfarrkirche in Nazareth brannte jedoch trotz der größten Anstrengungen der Löschenden ganz nieder.

Danzig, 23. Febr. [Gissprengungen.] Wie sehr sich Se. K. H. der Prinz-Regent für die Abwendung der Gefahr einer Überschwemmung unseres Werders interessirt, bekräftigt sich dadurch, daß vorgestern wiederum eine telegraphische Depesche desselben an die l. Regierung eintraf, wodurch dieselbe zum Bericht über die Arbeiten bei den Gissprengungen aufgefordert wird. Wir können aus bester Quelle mittheilen, daß dieselben bereits bis Käsemark, c. 2 M. aufwärts der Mündung, gediehen sind und bald die gefährlichste Stelle bei Palschau, wo die Biegung des Stromes durch eine mächtige Gissicht gestopft ist, erreichen werden. Gestern ist der Oberpräsident der Provinz daselbst eingetroffen, um sich persönlich von dem Stande der Arbeiten zu unterrichten. Es arbeiten c. 250 Mann aufwärts des Strombettes, während kleinere Abtheilungen unterhalb die gewonnenen Furth frei erhalten. Durch den anhaltenden Nordwind und Frost wird zum Oestern der bereits frei gemachte Strom wieder gehemmt und stellen sich überhaupt unsägliche Schwierigkeiten der Bekämpfung des Elements entgegen. (D. D.)

Neuwied, 23. Febr. [Mandatsniederlegung.] Der Landrat Frhr. v. Hilgers hat sein Mandat als Abgeordneter der Kreise Neuwied, Altenkirchen und Weißlar niedergelegt, und ist höheren Orts eine Neuwahl angeordnet. (Neuw. 3.)

Oestreich. Wien, 22. Februar. [Tagesnotizen.] Wegen der drückenden Notstandverhältnisse in Kroatien und Slavonien hat der Kaiser zur Unterstüzung der Notleidenden einen Befehl von 30,000 fl. östr. Währung bewilligt, der in sechs Zahlsträger zurückzuzahlen ist. — Vorgestern sind zwei hier erscheinende Abendblätter, das des "Fortschritts" und der "Klerikale" "Oestreichische Volksfreund"; gestern zwei Morgenblätter, der "Wanderer" und die "Morgenpost", polizeilich mit Beschlag belegt worden. — Auf der Straße von Iglau nach Humpolcy fand man dieser Tage eine Gruppe von vier erschrockenen Personen auf einem Steinhaus sitzend. Es war eine Mutter mit dem Säugling an der Brust und die anderen zwei kleinen Kinder von 3 und 4 Jahren unter ihren Nöcken, wie die Henne ihre Küchlein bergend. Die Arme ging von einem Orte zum andern, die Nahrung für sich und ihre Kleinen zu erbetteln, und fand in der Zeit, welche sie zum Ausruhen für sich und zur Darreichung der Brust für den Säugling benötigen wollte, ihren Tod, da es schon in später Abendstunde war, wo Niemand mehr dieses Weges ging, der die armen Unglüdlichen noch hätte retten können.

— [Wühleren in Südtirol.] Nach dem Bericht eines Korrespondenten der "Schären-Zeitung" aus Südtirol wird die italienische Bevölkerung systematisch bis in die untersten Schichten durchwühlt, und namentlich in neuester Zeit alles aufgeboten, die politischen Leidenschaften in Gang zu bringen. Insbesondere wird dies durch Flugschriften zu bewerkstelligen gesucht, die in unzähligen Exemplaren eingeschmuggelt werden. Die unter allen Flugschriften bestberechnete betitelt sich: "L'Italia rigenerata e il Trentino." In der Flugschrift wird mit großer Beredthamkeit entwickelt, daß Wälschi-Tirol zu Italien (Sardinien) gehöre, und dem großen Baerlande einverlebt werden müsse. Das Auswandern dauert fort; die dazu helfenden Leute arbeiten ohne Unterlaß. In Trient sollen dieser Tage ein gewisser Luckenthaler und seine Frau, die mit Anwerbung der Jugend für Garibaldi beschäftigt waren, endlich in Gewahrsam gebracht werden sein. Unter den Schlimmen sind gewiß immer die Bastarde, d. h. Italiener mit deutschen Namen und von deutscher Abstammung, die schlimmsten. Die Gutgesinnten hoffen nun von dem publizierten Standrecht und der dadurch entstandenen heilsamen Furcht, die Abwendung weiterer Wühleren. Strenge ist absolut nothwendig.

Bayern. München, 23. Febr. [Die Werbungen für Rom.] Die Nachricht, daß 900 für den Papst angeworbene Bayern in Ancona eingetroffen und noch 900 erwartet werden, beruht auf einer großartigen Übertreibung. Nach unserer Verfaßung ist der Eintritt in fremden Kriegsdienst ohne l. Erlaubnis ausdrücklich verboten. Wenn auch diese in den einzelnen Fällen nicht versagt wird, so seien doch Werbungen in so großem Maßstab eine ausdrückliche Erlaubnis der Regierung voraus. Eine solche aber ist nicht erfolgt und wird auch schwerlich ertheilt werden. Die Zahl der Freiwilligen aus Bayern in der päpstlichen Armee kann im höchsten Falle 150 nicht übersteigen. (F. P. 3.)

Massau. Wiesbaden, 22. Febr. [Erderhütterung.] Gestern Abend, 5 Minuten vor 6 Uhr, verspürte man hier eine heftige, mehrere Sekunden andauernde Erderhütterung. (Rh. Ltg.)

Großbritannien und Irland.

London, 22. Februar. [Die gestrigen Parlamentsverhandlungen] sowohl im Ober- als im Unterhause enthalten nichts, was noch ausführlicher Mittheilung für unsre Leser lohnt, nachdem wir die Resultate der Sitzungen schon telegraphisch gemeldet haben.

— [Deputationen beim Schatzkanzler.] Der Schatzkanzler in die Augenblicke der beschäftigste Mann Englands und wahrscheinlich nicht der beneidenswerthe. Eine Deputation drängt die

andere, um ihm Vorstellungen gegen diese und jene Maßregel des Budgets, welche besondere Geschäftszweige zu beeinträchtigen droht, ans Herz zu legen. Am Sonnabend allein hatte er ein halb Dutzend solcher Deputationen zu empfangen. Die erste derselben bestand aus Papierfabrikanten. Man sollte glauben, daß diese durch die Aufhebung der Accise auf Papier, für die sie seit Jahren agitirt hatten, voller Glückseligkeit seien. Durchaus nicht. Die Abschaffung der Accise ist ihnen wohl genehm, aber es scheint ihnen höchst bedenklich, daß der Eingangszoll auf fremdes Papier (1 Penny pr. Pfds.) gleichzeitig fallen soll. Sie versicherten dem Schatzkanzler, daß sie dadurch mit dem Auslande nicht zu konkurrieren im Stande sein würden, so lange die Ausfuhr von Lumpen aus Frankreich, Belgien u. durch Prohibitivzölle beschränkt sei, und möchten daher, daß die bisherigen Differentialzölle von 1 d per Pfund auf ausländisches Papier nur jenen Staaten gegenüber abgeschafft werden, die ihrerseits die Lumpenausfuhr freigeben. Der Schatzkanzler konnte indessen nur den Wunsch aussprechen, nicht das Versprechen geben, daß die westlichen Staaten des Kontinents sich so bald zu einer Aufhebung des erwähnten Verbots verstehen werden. Eine zweite Deputation bestand aus schottischen und irischen Spirituosedestillateuren, welche erklärten, die Konkurrenz mit den deutschen (d. h. holländischen) Spirituosen werde sie benachtheiligen; vor den französischen Fabrikaten dagegen hätten sie nicht die geringste Angst. Dann kamen die Tee- und Zuckerhändler, denen der Pennystemper für jedes aus den Docks zu holende, oder in denselben umzuschreiben Paket ein Gräuel ist. Dann die Schreibmaterialhändler, welche batzen, daß der Zoll für ihr Papierzerrüttel ihnen ganz vergütet werde, da sich für ihr Gewerbe sonst ein baarer Verlust von 300,000 Pfds. St. herausstellen würde, und die, im Gegensatz zu den Behauptungen der Papierfabrikanten, versicherten, daß alle Sorten Papiere durch die Abschaffung der Accise und des Einfuhrzolls gewaltig im Preise steigen werden. Ihnen schlossen sich noch andere Deputationen an, aber Mr. Gladstone entschuldigte sich, daß er einem Kabinettstrath beiwohnen müsse, daß ihm der Kopf schon ganz schwindselig geworden sei, und daß er über 100 Zuschriften noch unverbrochen auf seinem Pulte gelassen habe, die alle beantwortet sein wollen. Damit verabschiedete er die Deputationen. Sie werden sich mit noch anderen im Laufe der Woche wieder zuverlässig bei ihm einfinden.

[Die „Presse“ gegen Lord Palmerston.] Das wissenschaftliche Wochenblatt „Presse“ rechnet auf Lord Palmerstons Sturz, mit der Bemerkung, daß der Premier jedenfalls am Vorabend eines solchen Ereignisses stehe; es könne in vierzehn Tagen kommen, es könne noch drei Monate sammeln, aber unvermeidlich sei es, und dieser Sturz werde sein letzter sein. Das genannte Blatt fährt dann, zur Motivierung seiner Ansicht, fort: „Der Besucher hat Lord Palmerston wieder gelöst und wieder ist er in die Halle gegangen. Es ist wunderbar, wie seine Politik sich im Laufe der letzten neun Jahre geändert hat. Vor dem Dezember 1851 pflegte er, in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Auswärtigen, den britischen Löwen bei jeder noch so trivialen Veranlassung furchtbar brüllen zu lassen. Jetzt spielt er den Pudel und wandelt gehorsam Sr. Kaiserl. Majestät von Frankreich auf der Börse nach. Die Don Pacifico-Geschichte war die letzte, in der er in seiner alten Rolle als gewaltthätiger Gingreifer in das Hauswesen anderer Staaten austrat. Ein Anderer, ein Größerer als er, hat diese Rolle übernommen, und Sr. Herrlichkeit tritt ihm unterwürfig die Initiative ab und scheint nur zu entzückt, vom Kaiser der Franzosen sich Verhaltungsmaßregeln erteilen zu lassen. Dies ist das strahlende, aber unheilbringende Gestirn, vor welchem Lord Palmerston das Knie beugt. Die Erfahrung scheint für ihn keine Lehren zu haben. Es gescheint der britischen Regierung, freundliche Beziehungen zum französischen Kaiserthum, wie zu allen anderen Staaten zu pflegen. Aber Lord Palmerston begeht den argen Mißgriff, daß er unseren Beziehungen zur kaiserlichen Regierung eine ganz besondere Vertrautheit zu geben sucht, welche die Umstände nicht rechtfertigen, und eine Dienstwilligkeit, die mit den Interessen der britischen Nation ganz im Widerspruch ist und eben so ihren Gefühlen widerstrebt.“

[Frankreichs Gelüste auf Savoyen und die Rheiengrenze.] Der Pariser Korrespondenz des „Herald“ entlehnen wir Folgendes: „Ich habe Grund zu glauben, daß Piemont sich dazu versteht, Savoyen und Nizza zum Austausch für die Annexion Mittelfrankiens abzutreten. Im ursprünglichen Uebereinkommen war Venetien bedungen; aber Toscana und die Romagna gelten für eben so viel wert. Was ich mit Bedauern hinzufüge, ist, daß man hier in politischen Kreisen allgemein glaubt, daß die britische Regierung von dem verruchten Plan längst Kenntniß hatte. Es werden Vorbereitungen zu einem Kongress oder einer Konferenz getroffen. Frankreich, heißt es, ist gesonnen, eine Berichtigung seiner Grenze vorzuschlagen. Die Grenzlinie, die es verlangen wird, ist die Anno 1814 vor der Rückkehr von Elba angenommene. Se. Majestät soll entschlossen sein, die Anerkennung dieses Anspruchs zur unumgänglichen Bedingung der Fortdauer des europäischen Friedens zu machen. Für die Nichtigkeit dieser Angabe kann ich nicht bürgen, aber was ich verbürgen kann, ist, daß die Anerkennung Mittelfrankiens an Piemont und die Savoyens und Nizza's an Frankreich genehmigt ist, und daß die britische Regierung entweder amtlich oder indirekt und stillschweigend dazu Da gesagt hat.“ Die Pariser Korrespondenz des „Herald“ stimmen in der Regel gar zu sehr zur Parteiimmigration, die sich in den Leitartikeln desselben Blattes kundgibt und sind daher selten ganz zuverlässig, aber gleichzeitig hält der Korrespondent von „Daily News“ (ein systematischer Gegner des Kaiserreichs) es für nötig, auf Abouts neueste Ausschüsse aufmerksam zu machen. „Es sei eine geographische Wahrheit, daß der Rhein geschaffen worden, um zwischen Frankreich und Deutschland zu fließen u. c.“ Man dürfe nicht vergessen, bemerkt der Korrespondent, daß About geheimer Agent des Kaisers Napoleon in Rom war, bevor jemand sich träumen ließ, daß die Doktrinen seiner famosen Pamphlets dereinst amtliche Anerkennung finden würden. Der Post-Korrespondent pflegt solche Kleinigkeiten, wie der Artikel About's ist, nicht zu sehen.

[London, 23. Febr. [Parlament.] In der heute stattgehabten Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über das Amendment Du Cane's, betreffs Verminderung der Einnahmen und Erhöhung der Einkommensteuer, fortgesetzt. Hubbard griff das Budget und den Handelsvertrag an, der bloß Frankreich günstig sei. Baines verteidigte dieselben. Auch Bright sprach sich ge-

gen das Amendment aus, indem er sagte, daßselbe annehmen hieße eine neue Regierung, erhöhte indirekte Taxen und Entfernung von Frankreich wollen. Die Konzessionen, die Frankreich im Handelsvertrag gemacht habe, seien größer, als die von England gemacht. Baring sprach für das Amendment. Die Debatte wird verlängert und die Abstimmung morgen erwartet. (S. ob. Tel.)

Frankreich.

[Paris, 22. Febr. [Beziehungen zu Rom.] Die Nachrichten von einer bevorstehenden Transaktion mit Rom entbehren bis jetzt jeder Begründung. Daß Frankreich nachgeben werde, scheint nach dem Rundscreiben Villaults an die Präfeten, welches die Provinzialblätter veröffentlichten, sehr zweifelhaft, da inzwischen erklärt wird, daß die Regierung gegen Rom und den Clerus genug Geduld bewiesen habe und daß längere Nachsicht Schwäche sein würde. Ebenso wenig hat Rom bis jetzt ein Zeichen von Geneigtheit zur Nachgebung bemerkten lassen. Kardinal Antonelli, der allmächtige Minister des Papstes, hat erklärt, die Frage über die Romagna sei eine solche, in welcher kein Papst transistiren könne, und er stelle das Weitere der Vorlesung anheim. Wollte aber die französische Regierung die Romagna dem Papste zurückgeben, so würde sie dadurch wahrscheinlich ihren Aussichten auf die Erwerbung Savoyens starke Eintrag thun, während die Erwerbung vorausgesetzt das Ziel ihres Strebens und der Schlüssel zum Verständnis ihrer gegenwärtigen Politik zu sein scheint. (Pr. 3.)

[Tagesnotizen.] Die Regierung hat die Mithilfe erhalten, daß der französische Botschafter in Tetsing, ein Herr Nahon, genötigt war, bei Herrn Besson, dem französischen Konsul in Gibraltar, eine Zuflucht zu suchen. Man kennt den eigentlichen Gang der Sache noch nicht näher. — Der „Presse“ zufolge lauten die letzten Nachrichten auch Cochinchina sehr günstig. Die anamatische Regierung habe sich zum Frieden geneigt erklärt. Größenungen in diesem Sinne seien dem Admiraloberbefehlshaber bei seiner Ankunft in Saigon gemacht worden, und es hätten bereits Unterhandlungen zwischen dem dazu bevollmächtigten Gouverneur dieser Provinz und dem Admiral Page stattgefunden. — Der bekannte Schriftsteller und Republikaner Alphonse Carré, der seit dem Staatsstreich als Gänger in Nizza lebt, seine Gemüse und Blumen an gekrönte Hämpter verkaufst, deshalb aber doch nicht der Feder entzogen hat, ist zum Ritter des Ordens St. Mauritius und St. Lazarus ernannt worden. — Der in Brest erscheinende „Ocean“ hat wegen des Abdruckes eines Theiles des Artikels der „Bretagne“, der ihre Unterdrückung zur Folge hatte, eine zweite Verwarnung erhalten. — Gestern fand zur Feier des 128. Geburtstages Washington's ein glänzender Ball bei dem amerikanischen Konsul Spencer statt. Der neue amerikanische Gesandte, Oberst Faulkner, der vor einigen Tagen hier angekommen, wohnte dem Feste an. Die Elite der amerikanischen Gesellschaft von Paris wurde ihm dort vorgestellt. Der Ballsaal war mit mehreren Devisen geschmückt und überall waren die Namen Washington und Lafayette angebracht. Die Zahl der eingeladenen Personen war sehr groß, noch größer aber die Zahl der Speisen, Weine und Getränke. Die Frau des bekannten amerikanischen Generals Scott war ebenfalls anwesend. — Cobden ist sehr bedeutlich frank. — Herr v. Lavallée wird seine Abreise nach Konstantinopel beschleunigen. — Dr. Poujoulat, einer der Redakteure des „Ami de la Religion“, hat vom Papste ein Dankesbriefe erhalten. — Von Herrn L. Beuillon wird im Nächsten eine Broschüre: „Die Unterdrückung des Univers“ erscheinen. Wie der „N. P. Z.“ gemeldet wird, sollen die Mannschaften vom Jahre 1854, also deren Dienstzeit mit diesem Jahre 1860 ablaufen wird, jetzt beurlaubt werden. Die Anzahl beläuft sich auf etwa 50,000.

[Die „Patrie“ über Savoyen.] Die „Patrie“ bringt heute wieder einmal, und zwar in der Form eines Privat-Schreibens, einen Artikel über Savoyen. Sie gibt eine geographische Skizze desselben, wobei sie sich darüber ausläßt, was Savoyen sein werde, wenn es endlich Frankreich angehöre. Daraus hervorzuheben ist, daß die „Patrie“ den Montblanc für Frankreich allein in Anspruch nimmt, sie also die Forderungen der Schweiz auf die bis jetzt neutralen Bezirke Savoyens nicht billigt. Zugleich schmeichelt sie der Stadt Annecy, die ihr zufolge der Hauptort eines Departements werden muß und nicht mehr unter Chambéry stehen darf. Die letztere Stadt selbst, die gerade nicht sehr französisch ist, flößt der „Patrie“ kein großes Wohlwollen ein, dagegen hegt sie das größte Interesse für die Savoyarden und Savoyen selbst. Ihr zu folge sind die ersten keine Kamifeger, sondern „alle verständige und kluge Leute“, und daß gerade Savoyen arm sei, ist ihr zufolge purer Unsinn, da es jedes Jahr 11 Mill. Fr. Steuern bezahlt. Zum Schluss ihres Artikels bemerkt die „Patrie“: „Heute reicht Savoyen Frankreich die Hand im Namen ihres gemeinschaftlichen Ursprungs. Mögen die Franzosen sie offen und ohne Hintergedanken annehmen. Die vierzig Millionen Franzosen werden den 500,000 Savoyarden ihren Schutz leihen, die Savoyarden werden dagegen Frankreich unterstützen und Savoyarden und Franzosen unter einem gemeinschaftlichen Banner die Bahn des Fortschrittes dahin wandeln. Möge diese Vereinigung so stark werden, wie der Granit der Alpen, die bald dem gemeinschaftlichen Vaterland als Wall dienen werden; dieses ist der Wunsch aller ihr Vaterland liebenden Savoyarden.“

[Petition an den Kaiser.] Der Pariser Korrespondent der „Times“ bringt den Wortlaut der von drei Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers an den Kaiser gerichteten Petition, welche die Unterdrückung des Blattes „La Bretagne“ veranlaßte. Wir geben daraus folgende Stelle wieder: „Nicht für die Kirche hegen wir Befürchtungen; denn sie ist im Besitz von Verheißungen, welche sie nicht im Stiche lassen werden. Um unseres geliebten Vaterlandes, um Ihrer, Sire, um Ihrer Dynastie willen, beklagen wir die in dem gegenwärtigen Augenblick herrschende Ungewissheit, deren längere Fortdauer Ihnen alle aufrichtigen Katholiken entfremden würde. Sire, es wird vielleicht der Versuch gemacht werden, Sie zu täuschen. Nur die Feinde der Ordnung und Ihrer Regierung frohlocken; Ihre wahren Freunde aber trauern.“

[Haltung des Clerus.] Der Erzbischof von Rennes, welcher von den kaiserlichen Majestäten bei deren letzter Anwesenheit in der Bretagne ganz besonders ausgezeichnet worden, hatte sich auch unter die Agitatoren wider die kaiserliche Politik begeben und war jüngst hierher gekommen, um über seine Haltung dem Kaiser Erklärungen abzugeben. Letzterer hat ihm aber keine Audienz

bewilligt, sondern ihn an den Herzog von Bassano gewiesen. — Der Erzbischof von Toulouse und der Bischof von Nîmes übernahmen in ihren Fastenmandements für 1860 die Vertheidigung der weltlichen Gewalt des Papstes, indem sie die Verleitung der Enchylia in allen Kirchen der Diözese anordneten und Gebete für den Papst und die Kirche vorschrieben. — Die hiesige ultramontane Partei entwickelt fortwährend eine ungemeine Thätigkeit. Die an den Senat gerichtete Petition ist von Herrn Batimesnil abgefaßt. Er war Unterrichtsminister unter Karl X. Die fragliche Adresse sucht dem Senate den Nachweis zu liefern, daß nur bei vollkommener Unvergleichlichkeit der weltlichen Macht des Papstes die Gewissensfreiheit ganz gewahrt ist. — Ein Priester, welcher im Viertel der Chaussee d'Antin predigt, hat der Regierung einen Brief geschrieben, worin er erklärt, er werde sich durch keine Maßregel abschrecken lassen, von der Kanzel herab zu sprechen, wie es ihm sein Gewissen gebiete.

[Paris, 23. Febr. [Die savoyische Frage.] Die heutige „Patrie“ sagt, indem sie von Briefen aus Savoyen spricht, welche Annexion an die Schweiz fordern, daß Klugheit die beste Politik für die Schweiz sein würde. Wenn sie Chablais und Joux zu Savoyen gehöre, müsse sie nicht vergessen, daß ein Theil von Genf ein Theil der Schweiz vollständig sei. (Tel.)

[Strassburg, 22. Febr. [Reduktion des Heeres.] Seit einigen Tagen ist nun wirklich eine Reduktion des Heeres eingetreten, indem die Altersklasse 1853 entlassen wurde und zu gleicher Zeit zahlreiche Semesterbeurlaubungen stattfanden. Diejenigen, welche in dieser Maßregel keine friedliche Fassung Frankreichs erblicken, mögen wenigstens den guten und praktischen Organismus seiner Kriegsverfassung darin erkennen; denn trotz der Verluste in den politischen Zuständen Europas vermag Frankreich zeitweise sein Kriegsbudget zu vermindern. Erfordern es die Ereignisse, so reichen wenig Tage hin, um das Heer den umfassendsten Bedürfnissen gemäß zu vervollständigen. (K. 3.)

[Turin, 20. Febr. [Militärisches.] Der „Gazzetta militare“ zufolge soll die Feldartillerie auf 30 Batterien gebracht werden, darunter 6—8 Batterien mit gezogenen Kanonen nach neuem System. Abermals sind mehrere Generalstabs-Offiziere nach Vologna abgegangen.

[Die Lage; die beabsichtigte Exkomunikation des Königs.] Die politische Lage wird sowohl nach innen wie nach Außen von Tag zu Tag unerträglicher. Seit Wochen ja seit Monaten häufen sich die Widersprüche und Verwicklungen, so wie die Kämpfe der sich schroff entgegenstehenden Interessen, ohne daß eine endliche und dauernde Lösung dieses trostlosen Wirksatzes abzusehen wäre. Der italienische Nationalcharakter ist von seinen Gegnern häufig und bitter angeklagt worden, und man hat ihm alle Eigenschaften abgesprochen, welche zur politischen Selbstständigkeit eines Volkes gehören. Wie siegreich steht aber jetzt Italien gegen diese systematischen Anfeindungen da? Ich preche natürlich von einem moralischen Sieg, d. h. von der Ruhe, der würdigen Haltung und dem Selbstvertrauen, mit welchem dieses armen italienischen Volk die Lösung seines Geschicks erwartet. Diese Ruhe und Mäßigung ist um so anerkennungswürdiger, ja wir möchten sagen, um so heroischer, weil das von Natur heitblütige Temperament des Südländers ihn eher zu Gewalttaten oder zur Selbsthülfe drängt, als dies bei anderen, fächer denkenden Nationen der Fall sein mag. Daher ist es kein Wunder, daß schon hier und da, zumal in Piemont, sich einzelne Stimmen kundgeben, die zur That, zu einem Abschluß dieses unerträglichen Provisoriums drängen. Auch in Mittelitalien wächst die Unruhe, so wie das Misbehagen an dem gegenwärtigen Zustande. Die Rüstungen Ostreichs, Noms und Neapels sind offenbar. Man ist daher hier, wie auch in Mittelitalien, auf alle Ereignisse gefaßt, und die militärischen Rüstungen, welche im großartigen Maßstab betrieben werden, dürfen wohl im Stande sein, einen etwaigen Handstreich abzuwehren. Über die Vorgänge am römischen Hofe scheint man in Turin sehr genau unterrichtet. Man will mit Bestimmtheit wissen, daß die Exkomunikationsbulle gegen den König Victor Emanuel schon bereit liege, aber man will sich auch in dieser Beziehung nicht überraschen lassen. Da ein solcher päpstlicher Erlass auch die Suspension des Gottesdienstes in den Staaten des exkommunizierten Königs zur Folge haben könnte, so hat die Regierung, sicherem Vernehmen nach, beschlossen, jeden Priester, der sich nach der Publikation der Bulle weigern würde, seine geistlichen Pflichten zu erfüllen, sofort auszuweisen, selbst wenn diese Maßregel eine Ausweitung in Massen nach sich ziehen sollte. Uebrigens werden unter dem italienischen Clerus, zumal unter dem niederen, Manche in dem bezüglich dem ersten anschließen. (Pr. 3.)

[Mailand, 20. Febr. [Verhaftungen.] Hier haben neuerdings wegen Kundgebungen zu Gunsten des Papstes Arrestungen stattgefunden.

[Mailand, 22. Febr. [Festlichkeiten.] Das gestern von dem Vereine der Giardino gegebene Fest, dem der König, die Minister und das diplomatische Corps beiwohnten, war glänzend. Heute ging der König nach Monza auf die Jagd, während Graf Cavour nach Brescia reiste. Heute Nachmittags traf die Herzogin von Genua hier ein. Die Stadt bietet den prachtvollsten Anblick dar.

[Florenz, 21. Februar. [Der Anschluß an Piemont.] Das Wahlkomitee empfiehlt die Einverleibung als die einzige Bedingung des den Abgeordneten zu ertheilenden Programms. Ricafols hat der Vertheidigung eines demokratischen Protestes, der von Guerrazzi unterzeichnet war, Einhalt geboten, und das amtliche Regierungsorgan „La Nazione“ bekämpft diesen Protest der Demokraten gegen die Einverleibung. Das Land ist ruhig, obgleich die Geschäfte unter dem jetzigen Provisorium stark zu leiden anfangen.

[Rom, 18. Febr. [Der Karneval; Mord; Archäolog.] Marchi.] Heute war der Karneval vor Porta Pia der Tummelplatz von mehr als 500 Wagen und 20,000 Menschen, denen ambulante Musikkörpe aus dem Jahre 1849 her wohlbekannte revolutionäre Weisen von höher gelegenen Weinbergen heruntergespielt. Die Tricolore erschien dabei in mannigfachen Abzeichen. In den Osterien und Winzerhäusern war offene Tafel. Während

des Bacchanals kamen aus der Stadt, wo sich über den Korso Todtentstille gelagert hatte, 20 Gendarmen zu Pferd, machten in- dessen beim Anblieke einer so großen aufgeregten Menschenmenge, unter der sie sich doch nur verloren hätten, sogleich wieder Einkehr.

In der Nähe des Platzes der Engelsbrücke wurde gestern früh ein Vorpostenhändler beim Heraustreten aus seinem Hause von einem Unbekannten erstochen. Er stand bei der erwachsenen römischen Jugend im Rufe eines überdienstbeflissenen Agenten der geheimen Polizei. — Der bekannte Archäolog P. Joseph Marchi, von der Gesellschaft Jesu, ist am 10. d. hier gestorben. Er war 1795 in Udine geboren. (R. 3.)

Rom, 21. Februar. [Erklärung Antonelli's; Buge-
städtnisse des Papstes.] Dem telegraphischen Bureau von
Neuter meldet man: Kardinal Antonelli hat dem Herzoge von
Grammont erwiedert, er werde nach Empfang der päpstlichen Be-
fehle dem päpstlichen Nuntius in Paris die Antwort des h. Stuh-
les auf die Depesche Thouvenels vom 12. d. zustellen. — Man ver-
sichert, der Papst bereite ein Motu proprio vor, welches die Ver-
sprechungen von Gaeta realisiert (?); dasselbe solle veröffentlicht wer-
den, sobald die päpstlichen Besitzungen garantirt eien.

— [Militärkomplott in Neapel.] Nach der „Indépendance“ ist in dem Heere des Königs von Neapel eine Militär-Verschwörung entdeckt worden. Ein Ober- und mehrere Unteroffiziere sind verhaftet worden. Das Komplott soll schon lange vorbereitet gewesen sein. Die erste Nachricht kam von der römischen Polizei, und zwar soll sie ein desertirter neapolitanischer Unteroffizier ausgeplaudert haben. Der König von Neapel soll übrigens die Absicht haben, das Abruzzenheer zu mustern und dann auf einige Stunden nach Rom zu kommen.

D ä n e m a r k.

Kopenhagen, 23. Febr. [Das neue Ministerium.] „Faedrelandet“ sagt, daß morgen die Bildung des neuen Ministeriums beendet sein werde und hält folgende Ministerliste als wahrscheinlich: Hall Auswärtiges, Tengen Finanzen, Thestrup Krieg, Bill, Marine, Monrad Kultus und Inneres, Cässe Justiz, Wolfsberg Schleswig, Unsgaard Konseilspräsident und Holstein-Lauenburg. „Faedrelandet“ setzt hinzu, es sei unsicher, ob die beiden letztgenannten die Portefeuilles erhalten werden. (Tel.)

Flensburg, 22. Febr. [Aus der Ständeversammlung]
auf die portes eines erhalten werden. (v.)
Auf der gestrigen Tagesordnung der Ständeversammlung befand sich die Proposition des Abgeordneten der Ritterschaft, Grafen Baudissin, die Einführung der Pressefreiheit betreffend. Nach erfolgter Eröffnung der Sitzung erhob sich der königliche Kommissär, um ein sehr umfangreiches ministerielles Reskript zu verlesen, welches allem Anschein nach die Bestimmung hatte, der Versammlung als Antwort auf die bekanntlich zur definitiven Übergabe nicht gediehene Adresse derselben an den König zu dienen. Dieses mit Invokationen aller Art reichlich ausgestattete, nach Form und Inhalt in jeder Hinsicht höchst bemerkenswerthe Alterstück, begann zunächst mit der Erklärung, daß die Regierung auf den vorliegenden Antrag überall nicht eingehen werde, weil die Verkündigung der Pressefreiheit im Jahre 1848 bereits einmal das Signal zum Aufruhr gegeben habe. Die Versammlung befindet sich auf bösen Wegen. So lange dieselbe diese Richtung nicht ändere, so lange man von Deutschland aus so ungefechtet zu agitiren fortfaire, daß selbst die preußische Kammer sich nicht entblöde, ein Gratulationsschreiben zur 400-jährigen Feier der Vereinigung Schleswigs und Holsteins an die in Hamburg verweilenden Schleswig-Holsteiner zu richten (wir müssen vorläufig annehmen, daß der Bericht an dieser Stelle nicht ganz genau ist, und daß Herr v. Blixen-Fineke sich etwas anders ausgedrückt hat; bekanntlich ist das oben erwähnte Gratulationsschreiben nicht von der „preußischen Kammer“, sondern von einer Anzahl von Mitgliedern der Fraktion Vincke-Wenzel erlassen worden), so lange Ritterschaft und Gutsbesitzer auf ihre Privilegien trogten, werde die Regierung der Versammlung keine Konzessionen machen, sondern alle Anträge derselben unbedingt von der Hand weisen. Erst wenn alle Standesunterschiede aufgehoben, alle Privilegien vernichtet wären, würden für das Herzogthum Schleswig bessere Zeiten kommen, und möge die Versammlung daher durch Anträge in dieser Richtung zeigen, daß ihr das wahre Wohl des Landes am Herzen liege. Zu solchen Anträgen, welche auf Herstellung allgemeiner Freiheit und Gleichheit abzielen, werde die Regierung mit Freuden die Hand bieten u. s. w. Nach beendigter Verlesung dieser erbaulichen Epistel erhob sich der Abgeordnete Graf Baudissin, um unter heftiger Bewegung der Versammlung und der Tribünen mit lauter Stimme wider die Insinuationen, die hier so eben der Versammlung gemacht worden, Protest einzulegen. Der Präsident inhibierte hierauf sofort alle weiteren Erklärungen, indem derselbe die Sitzung mit dem Bemerkeln aufhob, daß die aufgeregtte Stimmung, in welcher die Versammlung sich befindet, eine Fortsetzung der Verhandlungen heute nicht ratsam erscheinen lasse. (Pr. 3.)

Zürfeli.

Belgrad, 12. Februar. [Erlaß des Fürsten Miloš.] Auf Vortrag der Maria-Geburt-Skupstschina hat der Fürst Miloš im Einvernehmen mit dem Senate besohlen, daß sämmtliche Ministerien durch die ihnen unterstehenden Aemter thätigst dahin zu wirken haben, damit dem Fluchen und den Gotteslästerungen, die im Volke so allgemein sind und bei der geringsten Veranlassung ausgestoßen werden, Einhalt geschehe. Dawiderhandelnde sollen bestrafft werden.

Griechenland.

Athen, 9. Febr. [Ausgrabungen.] In Eleusis hat man in Folge der seit langerer Zeit fortgesetzten Ausgrabungen jüngst einen sehr erheblichen Fund gehabt, man hat nämlich eine Gruppe, den Triptolemos, die Demeter und Persephone darstellend, entdeckt, die aus der Zeit des Phidias zu stammen scheint. In der Ecole des beaux arts in Paris ist bereits ein Gypsabdruck dieses herrlichen Reliefs aufgestellt worden.

America.

Rio de Janeiro. — [Die deutsche Kolonie von Petropolis.] Das „Jornal do Commercio“ vom 2. Januar schreibt: „Die Kolonie von Petropolis ist in förmlichem Verfalle, und wenn der Kaiser nicht schnell wieder nach der Haupstadt und bald darauf wieder nach seinem vormaligen Lieblingsorte kommt, so wird er bedeutende Rüden in der deutschen Bevölkerung bemerken, da viele Anstalten treffen, von dort wieder auszuwandern. Die

unmittelbare Ursache dieser Auswanderung ist der Mangel an allgemeinem Erwerbe, seitdem der Straßenbau eingestellt ist, die Unterdrückung (durch ein Präsidentialdecret vom 7. Dez. 1859) der deutschen Schulen im Allgemeinen die drückende Einmischung in die Angelegenheiten der Kolonisten Seitens eines nutzlosen, phantastischen sogenannten Direktors der Kolonie."

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Aus der Sitzung vom 23. d. M. tragen wir noch Folgendes zur Ergänzung des gefrigen Referats nach: Generaldiskussion über den Gesetzentwurf betr. die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer auf den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken. Der Berichterstatter Abg. Dunder (Berlin) empfiehlt kurz die Annahme des Gesetzes. So wie neulich Abg. Gneist daran erinnerte, daß in diesem Jahre das 50jährige Jubiläum der Grundsteuerfrage gefeiert werden wird, so sei auch daran zu erinnern, daß morgen der Tag zum zehnten Male wiederkehrt, an welchem Se. Maj. der König durch ein Gesetz die Grundsteuerbefreiungen aufgehoben hat. Der Widerstand der Gegner des Gesetzes scheint gebrochen. Abg. v. Blankenburg meint es wäre ihm und seinen Freunden nur darauf angemommen, das Prinzip des Gesetzentwurfs zu bekämpfen, giebt aber zu, daß eine Grundsteuer auferlegt werden könnte und wendet sich dann zu Angaben über das Verhältniß der Bauern in Pommern zu den dortigen Rittergutsbesitzern. Es erwähnt andächtig

Bauern in Pommern zu den dortigen Rittergutsbesitzern. Er spricht endlich seine Geneigtheit aus, unter gewissen Bedingungen den Vorlagen zuzustimmen. Abg. v. Fock hält schon durch die Verf. Urfunde die Annahme des Gesetzentwurfs für geboten. Abg. v. Rosenberg, Lipinski erklärt, daß er gegen den Gesetzentwurf Nr. 1 und gegen die Gebäudesteuer, aber für den gegenwärtigen Gesetzentwurf über die Entschädigungen stimmen werde. Wenn aber der Staat führt der Redner aus, die Steuer ausgleichen und gleichmäßig verteilen will, so muß er auch Alles anwenden, um die Steuerkraft überall gleichmäßig zu haben und da möchte er doch den Abgeordneten von Rheine und dem Handelsminister bemerklich machen, daß auf dem rechten Oderufer Seiten des Staates bis jetzt zur Hebung der Steuerkraft nichts geschehen ist. Man hat z. B. eine Konzession zum Bau einer Eisenbahn auf dem rechten Oderufer vergeben, nachgezogen und heute ist das Unternehmen so langsam getötet worden. Die Grundbesitzer auf dem rechten Oderufer wären also vollkommen berechtigt, über Ungleichheit zu klagen. Da am Schluß der Diskussion über alle Gesetzentwürfe alles zusammenhängendes Ganzes abgestimmt werden soll, hat der Redner geglaubt, sich schon heute erklären zu müssen. Die Verfassung kann hier allein für das Votum maßgebend sein, denn in der Gesetzgebung muß, wie überall, das Wort gelten: Ein Wort, ein Mann. Aber auch die Gerechtigkeit fordert es, dem Gesetz zuzustimmen und endlich ist es eine konervative und nicht aristokratische Pflicht, ja und nicht anders zu votiren. Der Widerstand eines der Vorredner (v. Blankenburg), erinnert ihn an einige Worte, mit welchen dieser vor einigen Jahren bei Gelegenheit von Steuervorlagen schloß: „den Daumen auf dem Geldbeutel, das ist echt ständisch“. Das ist, meine ich, gerade recht unständisch und gerade mit solchen Grundsätzen ist es dahin gekommen, daß die Aristokratie an innerer und äußerer Autorität verloren hat. Gerade jetzt ist den Befreiten und Beworrgutten eine Gelegenheit geboten, sich eines Privilegiums zu entzäubern; diese Gelegenheit sollten sie mit Freuden ergreifen und selbst darin schon eine Entschädigung sehen, daß sie bis jetzt der Befreiung theilhaftig geworden sind. Wenn ihnen aber jetzt noch obendrein eine Entschädigung angeboten wird, so haben sie keinen Grund mehr zum Widerstande. Das ist wahre konervative, echte aristokratische Pflicht. — Abg. Leite tritt den Bemerkungen Blankenburgs über das Verhältniß der pommerschen Bauern zu den Rittergutsbesitzern

mit geistlichen Funktionen bekleideter Personen oder der Kästner und anderer Diener des öffentlichen Kultus oder der an öffentlichen Schulen oder höheren Lehranstalten angestellter Lehrer angehören.“ Nr. 1, 2, 3 und 4 geben zu seiner ernsten Bemerkung Veranlassung, dagegen haben die Abg. v. Puttkammer, Hoffmann und Genossen vorgeschlagen: „Nr. 5 zu streichen, also nicht anzuerkennen, daß die im Besitz des Staates befindlichen Grundstücke von der Grundsteuer-Veranlagung unberührt bleiben sollen. An der Debatte beteiligten sich bis Abg. v. Puttkammer, Hoffmann, Reichenperger (Geldern), Hinrichs, Schellwitz, Osterath, Conper, v. Blumenthal, v. Zottlowski. Auch der Finanzminister v. Patow und der Regierungskommissarius nehmen zu verschiedenen Malen das Wort, um die Streichung zu bekämpfen und dem Titus das Wort zu reden, aber ohne Erfolg. Bei der Abstimmung erklärte sich die große Mehrheit des Hauses für Streichung der Nr. 5. Zu Nr. 6 entspannt sich ebenfalls eine Debatte zwischen dem Finanzminister, dem Abg. Osterath und v. Winckle (Oblau), doch hat sie keine Abänderung der Vorlage zur Folge.

mit der Grundsteuerverwaltung begnügt. Debatte angenommen. — Die Debatte über §. 5 wird bis zum Schlus der Debatte über die Veranlagung selbst ausgelegt. Der Paragraph lautet: „Die Veranlagung der zur Zeit grundsteuerfreien oder in der Grundsteuer bevorzugten Güter und Grundstücke (§. 2.) erfolgt nach Anleitung der in der Anlage ertheilten Anweisung.“ — Der §. 6 wird in folgender Fassung angenommen: „Die auf die bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücke veranlagten Grundsteuerverträge werden vom 1. Januar 18... ab nach den für die Staatsgrundsteuer bestehenden Vorschriften für die Staatskasse erhoben, soweit die Grundstücke sich nicht im Besitz des Staates befinden. Von demselben Zeitpunkte ab werden die Besitzer der vorgedachten Grundstücke von der Fortentrichtung der bisher davon zu erlegenden geringeren Beträge an Grundsteuer und grundsteuerartigen Abgaben, mit Einschluss der sogenannten Ritterdienst- und Lohnpferdegelder, der Allokatifikationssteuer, der Donativsteuer u. a. m. (§. 2 zu 1) entbunden.“ — Ebenso die §§. 7 und 8 ohne Diskussion, so lauten: „§. 7. Bis zum Erlass eines allgemeinen Grundsteuer-Remissionsreglements finden die Vorschriften der zur Zeit in den verschiedenen Landesteilen bestehenden Remissionsreglements auch auf die Besitzer des bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücke des platten Landes und der neu veranlagten städtischen Eigenschaften Anwendung. Soweit die eigenthümlichen Bestimmungen einzelner Remissions-Reglements, deren unmittelbare Anwendung auf die Besitzer der bezeichneten Grundstücke nicht gestatten, ist die Höhe der der letztern zu bewilligenden Grundsteuererlasse unter analoger Anwendung der bestehenden Vorschriften mit Rücksicht auf den erlittenen Schaden festzustellen. §. 8. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und hat Behufs derzelben die noch erforderlichen Spezial-Anweisungen zu erlassen.“ Die Anweisung für die Veranlagung der bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücke in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie zur Grundsteuer giebt zu keiner Diskussion Veranlassung; die 13 §§. werden angenommen und zulegt auch der §. 5 des Gesetzentwurfs selbst. (Diese Anweisung werden wir später mittheilen.)

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Gesetzentwurf Nr. 4, betreffend die für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen zu gewährende Entschädigung. Die Generaldiskussion leitet der Berichterstatter Abg. Reichensperger (Geldern) ein, welcher über den am meisten streitigen §. 4 der Vorlage, durch den die Entschädigung für die von einem besondern Rechtstitel in der bisherigen Steuerbefreiung nicht geschützten Grundbesitzer festgestellt wird, noch einmal die in dem Kommissionsberichte entwickelten Gründe detaillirt. Bekanntlich stimmte die Majorität der Kommission mit den Motiven der Regierung überein, daß die Besitzer zwar rechtlich keinen Anspruch auf eine Entschädigung zu erheben hätten, daß aber zu Gunsten derselben sowohl die allgemein hervorgehobenen politischen Gründe, wie Rücksichten der Billigkeit sprächen. — In der Generaldiskussion meldet sich kein Redner ums Wort und der Präsident erklärt dieselbe daher für geschlossen. Die ersten vier Paragraphen werden darauf nach der Fassung der Kommission ohne Diskussion angenommen. Dieselben lauten: „§. 1. Für die durch das Gesetz vom heutigen Tage, betr. die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuern von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken, angeordnete Auferlegung neuer Grundsteuern wird in dem durch die §§. 2—10 des gegenwärtigen Gesetzes bestimmten Umfange eine Entschädigung aus der Staatskasse gewährt. Die Feststellung dieser Entschädigung erfolgt nach dem Ergebnis der Steuerveranlagung, welche auf Grund des erstgedachten Gesetzes zu bewirken ist, und zwar nach Maahgabe des Mehrbetrages, welcher an Grundsteuer von den gedachten Grundstücken, im Vergleich von den bisher schon den selben entrichteten grundsteuerartigen Abgaben (§. 6 derselben Gesetzes) vom 1. Januar . . . an zur Staatskasse abgeführt werden muß.“ §. 2. Die Besitzer solcher ländlichen oder städtischen Güter oder Grundstücke, welchen die Grundsteuerbefreiung oder Bevorzugung mittelst eines lästigen Vertrages oder mittelst eines für das einzelne Gut oder Grundstück, oder für mehrere namhaft gemachte Güter oder Grundstücke ertheilten speziellen Privilegiums vom Staate verliehen ist, oder welche den Nachweis führen, daß ihrem Gute oder Grundstücke aus einem andern Titel des Privatrechts der Rechtsanspruch auf Steuerfreiheit dem Staate gegenüber zur Seite steht, erhalten den zwanzigfachen Betrag des dem Gute oder Grundstücke an Grundsteuer (§. 1) auferlegten Mehrbetrages als Entschädigung. Sind jedoch in dem Vertrage oder dem Privilegium in dieser Beziehung anderweite Bestimmungen getroffen, so behält es bei diesen sein Bewenden. §. 3. Wenn von einem Gute oder Grundstücke an den Domänen- oder Forstfiskus Abgaben entrichtet werden, und der Besitzer des ersten nachzuweisen vermag, daß in diesen Abgaben eine Grundsteuer mit enthalten sei, so wird demselben anstatt einer besondern Entschädigung ein dem Betrage der neu festgestellten Grundsteuer entsprechender Theil der Domänenabgabe erlassen. Dies findet auch in dem Falle statt, wenn bereits früher eine Aussonderung der unter der Domänenabgabe befindlichen Grundsteuer stattgefunden hat, die ausgesonderte Grundsteuer aber hinter dem Betrage der neu festgestellten zurückbleibt. Sind Domänenabgaben der gedachten Art aber bereits vollständig oder bis auf einen, die neu auferlegte Grundsteuer nicht erreichenden Betrag abgelöst, so wird dem Besitzer derjenige Theil des gezahlten Ablösungskapitals zurückgestattet, welcher dem in der gedachten Abgabe enthalten gewesenen Grundsteuerbetrag entspricht. §. 4. Die Besitzer solcher, zum platten Lande gehöriger Güter oder Grundstücke, denen ein Rechtstitel der im §. 2 gedachten Art nicht zur Seite steht, haben den dritten Theil des diesen Gütern oder Grundstücken auferlegten Mehrbetrages an Grundsteuer (§. 1) ohne Entschädigung zu übernehmen, dagegen erhalten sie für die übrigen zwei Drittheile deren zwanzigfachen Betrag als Entschädigung. — Zu §. 5 hat Graf Renard den (bereits gestern mitgetheilten) Verbesserungsantrag gestellt. Er nimmt als Antragsteller das Wort, um zu erklären, er sei nicht so gelebt wie viele der Redner, die vor ihm gesprochen, aber seine Sache sei stark; er habe nur einen Grund anzuführen, und der sei: man müsse auch den Schwachen gerecht werden. (Es handelt sich nämlich um die schon in der Generaldiskussion von ihm erwähnten ober-schlesischen Kolonisten.) — Finanzminister v. Patow bedauert, daß er das betreffende Edikt von 1788 nicht im Wortsinne habe. Aus den Gesetzen und Verordnungen gehe indessen klar hervor, daß denselben Kolonisten, die auf eine Entschädigung durch ihr Privilegium Anspruch haben, dieselbe gewährt werden würde. Es wären viele Verhältnisse zu berücksichtigen, und eine Ausnahme bloß zu Gunsten der ober-schlesischen Kolonisten würde bedenkliche Folgen haben. Außerdem sei der spezielle Fall nicht zu übersehen, und durch das Gesetz würde in Altem herbeigeführt werden, was das Recht erfordere. Gr. Renard ist noch nicht beruhigt, er wolle, daß §. 1 und 2 für alle Staatsbürger geltend sein sollen. Abg. Reichensperger (Geldern) glaubt es als Beruhigung für den Grafen Renard bemerkten zu müssen, daß den Kleinen für alle Fälle ihr Anspruch an die Großen vorbehalten bliebe, und Graf Renard zieht darauf seinen Antrag zurück.

Diese Distinktion werden nun ferner §. 5—14 angenommen. Dieselben lauten: §. 5. Ausgeschlossen von der nach §. 4 zu gewährenden Entschädigung bleiben die Besitzer 1) solcher Güter oder Grundstücke, deren Steuerfreiheit schon nach der besondern, in dem betreffenden Landesteile bestehenden Grundsteuerverfassung im Laufe dieses Jahrhunderts gesetzlich aufgehoben worden ist, sich aber tatsächlich erhalten hat. 2) Derjenigen Güter oder Grundstücke, von de-

nen nachgewiesen ist, daß sie, den bestehenden Vorschriften entgegen, ohne Neben-nahme eines verhältnismäßigen Steueranteils von anderen landesüblichen be-steuerten Gütern oder Grundstücken abgetrennt sind und deren tatsächliche Steuerfreiheit auf dem im §. 4 des im §. 1 angeführten Veranlagungsgesetzes vorge-schriebenen Wege befeitigt wird. §. 6. Für die den städtischen Feldmarken und den nicht von der Gebäudesteuer mitbetroffenen Eigenschaften in den Städten (§. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken) neu auferlegte Grundsteuer wird eine Entschädigung nur dann gewährt, wenn der Gesamtbetrag der nach dem Gesetz vom heutigen Tage, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, für die betreffende Stadt ver-anlagen Gebäudesteuer mit dem Betrage der, der städtischen Feldmark neu au-erlegten Grundsteuer zusammengekommen, der Gesamtbetrag der von der Stadt seither entrichtete Grundsteuer und grundsteuerartigen Abgaben (§. 2 Nr. 2 u. 3 des zuletzt angeführten Gesetzes) übersteigt. In Fällen dieser Art ist der 20fache Betrag von zwei Dritttheilen des verbleibenden Mehr-Steuerbe-trags der betreffenden Stadtgemeinde als Entschädigung zu gewähren. Jedoch darf die Entschädigungssumme den 20fachen Betrag von zwei Dritttheilen des städtischen Feldmark und den nicht von der Grundsteuer mitbetroffenen Eigenschaften in den Städten überhaupt neu auferlegten Grundsteuerbetrags in keinem Falle übersteigen. Ob und in welcher Weise die Entschädigungssumme auf die einzelnen Besitzer der Grundstücke in der Feldmark nach Maahgabe des Beitrages der ihnen auferlegten Grundsteuer zu verteilen sei, ist durch Gemeindebeschluß festzustellen. §. 7. Bei den Berechnungen, welche Bewußt Feststellung des Entschädigungsbeitrages anzulegen sind, wird jedes für sich bestehende Grundstück oder Gut nach seinem gegenwärtigen Bestzzusammenhang (§. 7 des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer) abgetrennt behandelt. §. 8. Der Anspruch auf Gewährung einer Entschädigung, nach den in den §§. 2, 3 und 4 gegebenen Bestimmungen, muß von dem Besitzer des betreffenden Guts oder Grundstücks, oder von dessen Stellvertreter innerhalb von drei Monaten nach erfolgter Benachrichtigung von dem endgültig festgestellten Betrage der künftig zu entrichtenden Grundsteuer bei der Regierung dessen Bezirks, in welchem das Gut oder Grundstück belegen ist, schriftlich angemeldet werden, widrigensfalls der Anspruch selbst erlischt und nicht weiter berücksichtigt werden darf. Der Anmeldung sind die auf die Entschädigung Anspruch habenden Beweisstücke beizufügen, unbeschadet des Rechts, dieselben bis zur endgültigen Entscheidung nachträglich beizubringen. Im Betreff der im §. 6 bezeichneten Entschädigung hat die Regierung die Verfolgung der Ansprüche binnen der vorgeschriebenen Frist durch die Gemeindevorstände von Amtswegen zu veranlassen. §. 9. Sofern bei der neuen Veranlagung ein Gut oder Grundstück, welches derselben zu unterwerfen war, übergangen sein sollte, muß dies von dem Grundeigentümer oder von dessen Vertreter innerhalb drei Monaten nach dem Erscheinen der den Abschluß des Veranlagungswerkes in dem Regierungsbezirk verfündenden Aufschluss-Bekanntmachung bei der in letzterer zu bezeichnenden Behörde angezeigt werden, widrigensfalls bei einer späteren Heranziehung des Grundstücks zur Grundsteuer eine Entschädigung überhaupt nicht gewährt werden darf. §. 10. Zur Prüfung der angemeldeten Entschädigungsansprüche, so wie zur Entscheidung über dieselben und zur Feststellung der Entschädigungsbeiträge wird eine besondere Kommission niedergefest. Dieselbe erläuft in jedem einzelnen Falle, nach vorheriger Erörterung und Begutachtung derselben durch die Regierung, zunächst eine vorläufige Entscheidung, welche dem Bevölkerung mit dem Eröffnen und mit der Wirkung zugefügt wird, daß diese vorläufige Entscheidung, wenn nicht eine bei der Regierung einzureichende Erklärung darüber binnen sechs Wochen nach dem Empfang der Entscheidung erfolgt, die Kraft einer endgültigen Festsetzung erlangt, gegen welche ein weiteres Rechtsmittel nicht stattfindet. Werden in der bezeichneten Frist Einwendungen erhoben, so erläuft die Kommission demnächst ihre schließliche Entscheidung. — Der Rechtsweg ist gegen diese Entscheidung der Kommission nur dann zulässig, wenn die letztere einen auf die Bestimmung des §. 2 begründeten Rechts-Entschädigungsanspruch nicht anerkennt. Der Richter hat jedoch nur über das Recht auf Entschädigung, nicht über den Betrag der letzteren zu erkennen, sofern nicht in dem Beitrage oder Privilegium besondere Bestimmungen über die Höhe der Entschädigung getroffen sind. Die gerichtliche Klage muß binnen einer Präludienfrist von drei Monaten nach Empfang der schriftlichen Entscheidung der Kommission bei dem zuständigen Gericht eingereicht werden. §. 11. Die Kommission (§. 10) besteht unter dem Vorsteher des Finanzministers, oder des von ihm zu ernennenden Stellvertreters; aus je einem Rathy des Finanzministeriums, des Justizministeriums, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für landwirtschaftliche Angelegenheiten und aus drei Mitgliedern des Obertribunals, welche von den betr. Ministern ernannt werden. Die Kommission ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsteher mindestens 4 Mitglieder und unter diesen 2 der unter Nr. 2 und Nr. 5 bezeichneten Mitglieder anwesend sind. Sie fügt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Finanzministers oder seines Stellvertreters den Auschlag. §. 12. Die festgestellten Entschädigungsbeiträge werden in Gemäßheit der von dem Finanzminister zu ertheilenden näheren Bestimmungen in Staatschuldverschreibungen nach deren Nennwerthe oder in baarem Geld geleistet. Die Hauptverwaltung der Staatschulden hat zu diesem Be-hufe über den Gesamtbetrag der nach Maahgabe dieses Gesetzes zu gewährenden Entschädigungen Staatschuldverschreibungen auszufertigen, welche nicht über andere Beträge, als über 1000 Thlr., 500 Thlr., 100 Thlr., 50 Thlr., 25 Thlr. und 10 Thlr. laufen dürfen, von 1. Januar ... ab jährlich mit Vier vom Hundert und mit Eins vom Hundert des Gesamtbetrags, so wie mit dem Betrage der durch die fortschreitende Amortisation ersparten Zinsen der Gesamtbuchhaltung getilgt werden müssen. Dem Staate bleibt vorbehalten, den Tilgungsfonds zu verstärken, so wie den Gesamtbetrag der Schuldverschreibungen gegen baare Auszahlung ihres Nennwertes wieder einzuziehen. Den Inhabern der Schuldverschreibungen steht ein Kündigungsberecht nicht zu. Wegen Verjährung der Zinsen, wegen Ablösung der zur Verzinsung und Tilgung erforderlichen Beiträge an die Hauptverwaltung der Staatschulden, so wie wegen Verwendung des Tilgungsfonds finden die Bestimmungen der §§. 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1851, betr. die Tilgung der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848 und der Staatsanleihe vom Jahre 1850, so wie die Überleihung der letzteren an die Hauptverwaltung der Staatschulden mit der Maahgabe Anwendung, daß im Falle der Verlöschung der einzuhaltenden Schuldverschreibungen dieselbe nicht in den Monaten März und September, sondern in den Monaten Dezember und Junit zu geschehen hat." Die §§. 13 und 14, welche die näheren Anordnungen über die Aushändigung der Entschädigungssummen enthalten, werden gleichfalls ohne Diskussion angenommen.

Zu §. 15 hat Abg. Düncker (Berlin) einen Zusatzantrag gestellt, den wir bereits in einer früheren Korrespondenz mitgetheilt haben. Derselbe wird nach einigen Worten des Abg. Reichenberger (Geldern), der denselben als weiter gehend, als die Vorlage bezeichnet, angenommen. §. 15 lautet demnach: "Sämtliche Entschädigungsbeiträge, welche auf Grund des §. 4 zu zahlen sind, so wie diejenigen gemäß §. 2 festgestellten Entschädigungsbeiträge, welche im Ganzen die Summe von 25 Thlr. nicht erreichen, oder bis zu dieser Summe

neben Staatschuldverschreibungen in baarem Gelde gezahlt werden (Kapital- spesen), oder welche den vierfachen Betrag derjenigen Grundsteuer nicht übersteigen, welche von den Grundstücken, in Anziehung deren die Entschädigung gewährt wird, vom 1. Januar ... an im Ganzen entrichtet werden muß, sind den legitimierten Entschädigungsberechtigten zur freien Verfügung auszuhändigen. (Folgt der Zusatzantrag Dünckers.) Dasselbe geschieht auch mit höheren, auf Grund des §. 2 gewährten Entschädigungsbeiträgen, sofern Seitens des Entschädigungsberechtigten durch das Hypothekenbuch, oder in dessen Ermangelung auf andere Weise der Nachweis geliefert wird, daß sein Grundstück weder Fideikommiss, noch mit beständigen ablösbaren Abgaben, Lasten oder Renten, noch mit Pfandbriefen oder sonstigen Hypothekenschulden belastet ist." — Ohne Diskussion werden weiter die §§. 16—20 angenommen, welche wieder die näheren Ausführungen der vorigen enthalten. Zu §. 21 hat Abg. Düncker (Berlin) wieder ein Amendment gestellt, nämlich: Hinter §. 21 folgende neue Bestimmung aufzunehmen: "Insofern bei den in Folge des Gesetzes vom heutigen Tage, betr. die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken, vorzunehmenden Veranlagung die demselben Eigentümer in derselben Gemeinde, Feldmark, oder in derselben Gutsbezirks-Feldmark gebörigen Grundstücke mit mehr als 6 vom Hundert des Reinertrags mit Grundsteuer belastet worden sind, ist zwar der Berechnung des Entschädigungsbeitrages (§. 7) der ganze Mehrbetrag der auferlegten Steuer (vergl. §§. 1 und 4) zu Grunde zu legen, die Aushändigung, bestehungsweise Verwendung der Staatschuldverschreibungen, so wie die Auszahlung etwaiger Kapitalspesen (§. 15) erfolgt aber vorläufig nur in soweit, als die selbe die Entschädigung für eine Mehrbelastung bis zu 6 vom Hundert des Reinertrags bil-den. — Der Überrest des ausgefertigten Staatschuldverschreibungen wird einstweilen von den Regierungshauptkassen aufbewahrt und es werden dem Entschädigungsberechtigten nur die Zinsen dieser zurückbehaltenden Staatschuldverschreibungen ausgezahlt. Die definitive Regulirung des Entschädigungsanspruchs erfolgt in Fällen der bezeichneten Art, sobald das im §. 3 des Gesetzes vom heutigen Tage, betr. die anderweitige Regelung der Grundsteuer, vorbehaltene Gesetz ergangen ist, und zwar nach Maahgabe des in diesem Gesetz enthaltenen Prozentzahls. — Die danach etwa nicht zur Aushändigung reip. Verwendung kommenden Staatschuldverschreibungen werden sodann an die Hauptverwaltung der Staatschulden abgeliefert, welche dieselben zu vernichten hat." Dieser Zusatz wird, nachdem sich der Finanzminister mit demselben einverstanden erklärt hat, ebenso wie der §. 21 angenommen. Derselbe lautet: "Mit Ausschluß der gerichtlichen Prozeß sind alle Verhandlungen der Gerichte, so wie diejenigen der Verwaltungsbehörden und der im §. 10 angeordneten Kommissionen in Angelegenheiten, welche sich auf die Gewährung einer Entschädigung für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen oder Bevorzugungen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes beziehen, stempel- und gebührenfrei." (Folgt der Zusatz.) Die Schlusssätze 22. und 23 des Gesetzes werden gleichfalls ohne Diskussion angenommen.

Berlin, 24. Febr. [18. Sitzung.] Der Handelsminister überreicht einen Entwurf, betreffend die Errichtung von Berg- und ähnlichen Kommissionen für die Ober-Berg-Bezirke. Das Gesetz bezeichnet den Minister als im Zusammenhange stehend mit der ganzen Neugründung der Berg-Behörden. Der Plan dieser Umgestaltung ist den Motiven der Vorlage beigegeben, welche der Bergwerkskommission übergeben wird. Die Tagesordnung führt zur Beratung über die zweite Grundsteuervorlage wegen der allgemeinen Gebäudesteuer. Diese soll der häuslichen Grundsteuer entsprechen und demgemäß 4 Proz. und bei Gebäuden von gewerblichem Charakter 2 Proz. vom Nutzungswert be-tragen. Die Annahme eines Maximalzahls von höchstens 8 Proz. für die Grundsteuer nach dem §. 3 des Gesetzeswurfs angenommenen Amendment v. Benda, fordert eine entsprechende Normirung des Satzes für die Gebäudesteuer. In den unsangigen allemeinen Debatte traten namentlich die Abg. Gneist und Düncker (Berlin) sehr warm für die Vorlage auf. Letzterer betont die Lasten, welche der Stadt Berlin aus der Vorlage erwachsen, zumal die Berlin schon genugsam durch die Aufbringung der hohen Kosten für die Polizeiverwaltung belastet sei, für deren Verringerung selbst der beste Wille des Ministers des Inneren nichts thun könnte. Die Vorlage werde die Mieten in Berlin steigen und namentlich den kleinen Mann empfindlich treffen, allein die Residenz bringe dies Opfer, weil sie fühle, daß es dem Wohle des Vaterlandes geltet, höher aber, als das Bedürfnis fordere, möglicherweise nicht einsehen kann. — Der Minister des Inneren bemerkt, daß die Anführungen des Vorredners in Bezug auf die Polizeiverwaltungsosten nicht hierher gehören, dennoch wolle er erwählen, daß die Regierung diesem Gegenstande die eingehendste Beachtung zuwende. Die Kosten der Stadt Berlin für die Polizeiverwaltung wären allerdings sehr hoch, allein sie beruhen jetzt auf einem Gesetze und es sei dagegen nichts zu thun. Der Minister verneint nicht die Inkonvenienzen, welche besonders aus der Trennung von fachlichen und persönlichen Kosten entstehen. Es sei hiergegen nichts Anderes zu thun, als die volle Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die Ausgaben das Maah des Nothwendigen nicht überschreiten.

In der allgemeinen Debatte verteidigen der Finanzminister und der Regierungskommissar die Vorlage, während als deren Gegner die Abg. v. Blanckenburg und Wedell auftreten. §. 1 des Gesetzes spricht die Erhebung einer besonderen Staatsabgabe als Gebäudesteuer aus. Die Regierung läuft die Jahreszahl 1860 offen, die Kommission schlägt den 1. Januar 1862 vor. Ein Amendment des Abg. Düncker (Berlin) will hauptsächlich den Mehrbetrag, welcher gegen die jetzige Grundsteuer erhoben werden könnte, bis zur vollen Auseinanderhaltung der Grundsteuer, den Kreisen und Städten für Kreis- und Kommunalzwecke überweisen. §. 1 wird in der von dem Abg. Düncker vorgeschlagenen Fassung angenommen und lautet danach: "Die im §. 1 des Gesetzes vom heutigen Tage, betr. die anderweitige Regelung der Grundsteuer, angeordnete 'Gebäudesteuer' tritt vom 1. Januar 1862 an in Hebung." §. 2 wird ohne Debatte angenommen; zu §. 3 ist eine Reihe von Amendmenten gestellt, von denen angenommen werden das von Dr. Veit und Genossen, welches die Steuerfreiheit auch auf die gottesdienstlichen Gebäude der mit Korporations-rechten versehenen Religionsgesellschaften ausdehnt; das von Kloß und Ge-nossen, welches anstatt der Worte „und andere zum Unterricht bestimmte“ an einer anderen Stelle einfügt will „die dem öffentlichen Unterricht bestimmten Gebäude“; — ein drittes, welches für die „den kommunalständischen Ver-bänden“ angehörigen Gebäude von der Steuer befreit wissen will; — ferner das Amendment von Brünning und Genossen (s. unten); das von Diederichs und Genossen, das außer der Armen- und Krankenhäuser auch die Waisenhäuser berücksichtigt; endlich auch das von Liez und Genossen (s. unten). — §. 4 wird ohne Diskussion angenommen; §. 5 ebenfalls, nachdem das Amendment von Raumann, Jacob, Ahmann und Genossen: "Dem §. 5 der Vorlage folgenden Zusatz hinzuzufügen: 'Sollte der nach §. 3 des Gesetzes vom heutigen Tage, betr. die anderweitige Regelung der Grundsteuer, vorbehaltene Prozentzahler der Grundsteuer den Satz von 8 Prozent nicht erreichen, so kommt von dem Zeitpunkt an, mit welchem die solcherweise festgestellte Grundsteuer zur Hebung kommt, die Gebäudesteuer für die Gebäude zu §. 1 mit der Hälfte, zu §. 2 mit dem vierten Theile des Prozentzahlers der

Grundsteuer in Hebung" abgelehnt werden. Nächste Sitzung Sonnabend, 25. d.; Fortsetzung der Debatte.

[Anträge.] Die Abg. Liez und Genossen beantragen, daß in dem Gelegenheitswurf (II.), betr. die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer dem §. 3 hinzugelegt werde: "7) die zu Entwässerungs- oder Bewässerungsanlagen" dienenden Gebäude. Motiv: Aufrechterhaltung des bisher befolgten Grundzuges, derartige Anlagen in jeder Weise zu begünstigen. — Die Abg. v. Diederichs und Genossen schlagen vor, unter Nr. 5 des §. 3 in demselben Gesetz hinter dem Worte "Armen" das Wort "Waisen" einzufügen, so daß die Bestimmung lautet: 5) "Armen, Waisen- und Krankenhäuser." — Die Abg. Kloß und Genossen beantragen: in §. 3 des Kommissionswurfs sub Litt. 13 die Worte: "und andere zum Unterricht bestimmte" wegzulassen, da gegen unter einer neuen Nummer einzufügen Nr. 3a, "Die dem öffentlichen Unterricht bestimmten Gebäude". — Zu §. 3 Nr. 2 b desselben Gesetzes schlagen Dr. Veit und Genossen vor, hinzuzufügen: "so wie die gottesdienstlichen Ge-bäude der mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften". — Die Abg. Düncker und Genossen schlagen vor: in §. 3 des Kommissionswurfs sub Litt. 13 die Worte: "und andere zum Unterricht bestimmte" wegzulassen, da gegen unter einer neuen Nummer einzufügen Nr. 3a, "Die dem öffentlichen Unterricht bestimmten Gebäude". — Zu §. 3 Nr. 2 b desselben Gesetzes schlagen Dr. Veit und Genossen vor, hinzuzufügen: "so wie die gottesdienstlichen Ge-bäude der mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften". — Die Abg. Düncker und Genossen schlagen vor: "Die im §. 1 des Gesetzes vom heutigen Tage, betr. die anderweitige Regelung der Grundsteuer, angeordnete 'Ge-bäudesteuer' tritt unter der derselben festgestellten Maahgabe vom 1. Jan. 1862 in Hebung." In §. Alinea 1. des Gesetzeswurfs Nr. 1 statt der Worte "vom 1. Januar 1862 ab wird von den Gebäuden" zu setzen: "von den Ge-bäuden wird" und statt des jetzigen Alinea 2 folgende Bestimmung aufzunehmen: "Sollte der Ertrag der Gebäudesteuer den Ertrag der zur Zeit auf den Gebäuden ruhenden Grund- und Haussteuern und grundsteuerartigen Abgaben (§. 2 des angefochtene Gesetzes) und den, bei Aufführung der derselben Maahgabe, auf den Gebäuden vorgenommenen Maahgeln der Staatskasse verbleiben" zu überreichen, so ist dieser Mehrbetrag bis zu diesem Zeitpunkt, mit welchem die nach der Vorschrift des §. 3 durch ein besonderes Gesetz feststellenden Grundsteuertontingen von den Eigenschaften in Hebung treten, Seitens der Städte den Kreisen, beziehungsweise den, einen eigenen Kreisverbund bilden den Städten zur Verwendung zu Kreis-, beziehungsweise Kommunalzwecken zu überweisen. Die Vertheilung des disponiblen Mehrbetrags unter diese Verbände erfolgt nach Verhältniß desjenigen Betrages, welchen jeder derselben an Ge-bäudesteuer aufbringt." — Der Antrag der Abg. v. Prittwitz, Zumloß (Münster), v. Stockhausen und 51 Genossen lautet: "Das Haus der Abgeordneten wolle die Erwartung ansprechen, daß die königliche Staatsregierung mit der von ihr bereits in den Vorjahren begonnenen Aufhebung der Gehälter der Staatsbeamten in der verheiteten Art bald thunlichst fortfahren und die selbe nicht weiterhin noch aussetzen werde. — Motive: Das von Regierung und Regierung und Landesvertretung bereits wiederholte und dringlich anerkannte Bedürfnis und die trog dessen in dem Staatshaushaltsetat pro Oktober vermisste Aussetzung des dahin abzielenden Ausgabebetrages." — PB.

Lokales.

S. POSEN, 25. Febr. [Wohlthätigkeitsskonzert.] Der hier wohlbekannte und vielfach gern gehörte, des Augenlichts be-raubte Pianist hr. A. Krug wird am Montag, den 27. d., im musikalisch-dramatischen Abendunterhaltung veranstalten, deren Ertrag einer, wie wir hören, sehr hülfsbedürftigen hiesigen Familie bestimmt ist, und für welche außer der Opernängerin Fr. Kristinus noch eine Anzahl hiesiger geschätzter Instrumental- und Gesangskräfte dem Künstler gern ihre freundliche Unterstützung zugesagt haben. Außer Beethovens genialer Cis-moll-Sonate werden ein Trio und mehrere kleinere Kompositionen des Konzertgebers, Männerchor, Liebervorträge, Declamation etc. das Programm der Soirée bilden. Dasselbe bietet schon an sich des Anziehenden für Musikfreunde nicht wenig, und es läßt, bei dem vielseitig eprobenen Wohlthätigkeitsskonzert unserer Publikums, deshalb und um des edlen Zwecks willen wohl eine um so lebhafte Beteiligung sich erwarten. Möge die Erwartung nicht täuschen: es gilt, Thränen zu trocken und Noth zu lindern!

Angekommene Fremde.

Vom 25. Februar.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Waligorsk aus Rostworowo und v. Pruski aus Grab, Rittergutsb. und Obergerichts-Assessor a. D. Lange aus Al. Krosten, Landwirth Kamieniec aus Chwalibogowo und Rentiere Madam Weicher aus Kosten.

SCHWARZER ADLER. Verwalter Eckart und Frau Woyciechowska aus Czerniejewo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Gutsb. v. Baranowski aus Rożnowo, Rentier Russal und die Kaufleute Ephraim aus Berlin, Brothausen aus Leipzig, Sacken aus Hamburg und Rüttgers aus Breslau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. Baron v. Winterfeld aus Mur, Goślin, Graf Grabowski aus Grylewo und Dr. Herzog aus Dobrzysk, Referendar Herzog aus Breslau, Gutspächter Bade aus Trebnitz und Rechtsanwalt Stübel aus Bissowa.

HOTEL DU NORD. Inspektor der "Iduna" Fiedler aus Magdeburg, Lieutenant und Zahlmeister in 10. Inf. Regt. Stange aus Rawicz, die Rittergutsb. v. Zabrzewski aus Gichowo, v. Skorzewski aus Nella, v. Niezgowsky aus Włoszczewski, v. Kryszakiewski aus Sapowice und v. Karniowski aus Polen.

BAZAR. Gutsb. v. Skorski aus Kosztowo.

HOTEL DE PARIS. Gutswirth Sawiński aus Prochaowo und Uderwitz Hoffmann aus Klejzegowo.

HOTEL DE BERLIN. Inspektor v. Zychlinski nebst Frau aus Tarnow.

Gutsb. Hejeroth aus Plawce und Probst Falaczyński aus Chrzanowsko.

DREI LILJEN. Gutspächter Winicki aus Gory, Beamter Graffstein aus Wreschen und Mühlmeister Korth aus Schneidemühl.

GOLDENER ADLER. Pferdehändler Josfi aus Birnbaum, die Handelsleute Robacki und Münsterlewiecz aus Schröda, Klosowicz aus Santow und Szymonowicz aus Pleschen, Gaworski aus Jarocin und Rybicki aus Schrimm.

PRIVAT-LOGIS. Frau Gutspächter Plucińska aus Konojady, Berlinerstraße Nr. 12.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

GERMANIA.

Lebensversicherungs-Altiengesellschaft in Stettin.

Grundkapital: 3,000,000 Thaler Pr. Crt.

Am

Geschäfts-Anzeige.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich vom 18. d. Mts. ab das dem Konditor Herrn Anton Prevost gebörige, auf der Gerberstraße Nr. 16 belegene Konditoreigeschäft künftig übernommen habe. Ich werde mich stets bestreben, durch reelle und prompte Bedienung mir das Wohlwollen eines geehrten Publikums zu erwerben und zu erhalten, und bitte um gütige Beachtung.
Posen, den 25. Februar 1860.

Carl Hundt.**A. & F. Zeuschner's**

Atelier für Photographie, Panotypie und Portraitmalerei,
Wilhelmsstrasse Nr. 25, neben Hôtel de Bièvre,
ist täglich von 9—4 Uhr geöffnet.

Mittelst eines grossen Apparats neuster Konstruktion werden Photographien bis zur Grösse von 17 Quadratzoll angefertigt, wie solche bisher in Posen noch nicht hergestellt worden sind.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Marie Elkan, Schlossstr. 2.

Mehrere Kalksteinbesitzer Oberschlesiens haben in jüngster Zeit Öfferten ihres Produkts durch Zeitungen und Zirkulare, begleitet von Attesten aller Art, auf das Pomphafsteine anpreisen lassen, ja eines der letzteren trägt sogar den Charakter in sich, den langjährig bewährten guten Ruf unseres Kalkes zu verdächtigen.

Um solchen Manipulationen ein für alle Mal zu begegnen, und das Publikum vor derartigen Täuschungen zu schützen, beziehen wir uns auf die **nachstehende Analyse** unsers **Kalksteins in rohem** und gebranntem Zustande, nach welcher schwerlich ein anderer Kalkstein aus oberschlesischen Brüchen unserem Kalk an Güte gleichkommen wird.

Selbstverständlich ergibt ein Eisenbahnwagen mit 30 Tonnen unseres Kalkes im gelöschten Zustand mindestens **540 Kubikfuß**, zum großen Theil aber bei richtiger Behandlung sogar bis **600 Kubikfuß**.

Diese Angabe dokumentiert zu Genüge die Güte und Fettigkeit desselben. Atteste über die vorzügliche Qualität unseres Kalkes von **Autoritäten Sachverständiger** liegen auf unserm Komptoir, Ohlauerstraße Nr. 1, zu Jedermanns Einsicht bereit, und halten wir es daher für überflüssig, solche erst durch die Zeitungen zu veröffentlichen.

Hinsichtlich der Preise, so können wir bei unseren umfangreichen Etablissements der Konkurrenz jederzeit die Spitze bieten.

Breslau, im Februar 1860.

Das Gogoliner und Gorasdzer Kalk- und Produktions-Komptoir.**Analyse.**

Die chemische Untersuchung des oberschlesischen, durch das Gogoliner und Gorasdzer Kalk- und Produktions-Komptoir produzierten und in Handel gebrachten gebrannten Kalkes ergab folgende Resultate:

I. Gebrannter Kalkstein.

Kalkeerde	98,10 Prozent.
Kohlenäure	0,70 =
Eisenoxyd	0,53 =
Bittererde	0,18 =
Unlösliche Kieselerde	0,49 =
Summa	100 Prozent.

Unlösliche Substanz und Alkaliz spürweis.

Bei der großen Reinheit des Rohmaterials bietet der gebrannte Kalkstein ein Fabrikat, welches als **ausgezeichnetes Material** zur Verwendung sowohl als **Düngekalk** für **landwirtschaftliche Zwecke**, so wie als **Baukalk** empfohlen werden muss, und sich auch bereits durch eine lange Reihe von Jahren durch seine Gleichartigkeit und Güte in den weitesten Kreisen Anerkennung verschafft hat.

Proskau, den 8. Mai 1859.

*) Entspricht 0,37 Eisenoxyd.

Kohlenäure Kalkeerde 98,71 Prozent.

Bittererde 0,24 =

*) Eisenoxydul 0,35 =

Unlösliche Säuren 0,50 =

Summa 100 Prozent.

gez. Dr. Krocker, Professor an der königl. landwirtschaftl. Akademie.

Unsere Hauptniederlage für Posen und Umgegend befindet sich unter der Leitung unseres Mitgliedes Herrn **Eduard Ephraim, Wallischei**, welcher von uns in Stand gesetzt ist, zu den möglichst billigsten Preisen zu verkaufen.

Breslau, im Februar 1860.

Das Gogoliner und Gorasdzer Kalk- und Produktions-Komptoir.**Maschinen-Formtöpf.**

Riegelaten und alle anderen Sämereien laufen und verkaufen
L. Kronthal & Lewy,
Markt 94.

Thymothee-Grassamen, rothen und weißen Klee, so wie sonstige Gras-Sämereien verkaufe auch in kleineren Quantitäten zur Aussaat.

Louis Kantorowicz.

Echten amerikanischen Pferdezahn-Mais.

Den Herren Landwirthen mache hiermit die Anzeige, daß ich auch in diesem Jahre obige Saat halten werde, und bitte um rechtzeitige Ertheilung der Aufträge.

Posen, im Februar 1860.

Theodor Baarth,

Schuhmacherstraße Nr. 20.

Den Blumen- und Gartenfreunden und Land- und Forstwirthen

empfehle mein reichhaltiges Lager von landwirtschaftlichen und Gartensamen, und steht mein spezielles Samen- und Pflanzenverzeichniß gratis und franco zu Diensten.

Camellien, Hyacinthen &c. stehen jetzt im schönsten Flor, und werden wie bisher die hübschesten Bouquets &c. zu angemessenen Preisen jedesfalls angefertigt.

Da ich das Grundstück vis-à-vis meinem früheren mit übernommen habe, so findet der Verkauf sowohl von Samen, als von Bouquets, Blumentöpfen &c. jetzt Königstraße 6/7 statt.

Posen, im Frühjahr 1860.

Heinrich Mayer, Kunst- und Handels-Gärtner,

Königstraße 6/7 und 15a.

Blumenfreunde

werden auf den großen Blumenausverkauf, Mühlenstr. 10, wo eine Partie von noch 5500 Stück Kalt- und Warmhauspflanzen, darunter blühende Hyazinthen und Tulpen u. s. w. befinden, aufmerksam gemacht.

Blumenbouquets mit Gameten werden geschmackvoll und billigst angefertigt.

Wegen schleuniger Räumung einer zu anderen Zwecken bestimmten Gebitz-Baumjöhle in **Gr. Peterwitz** bei Gellendorf, an der Posener Bahn, sollen die in derselben befindlichen Bäume und Sträucher, womöglich im Ganzen, an einen Handels-Gärtner sofort zu ermäßigten Preisen abgelassen werden.

Es sind dabei:

40 Schac	verschiedene Pappeln,
3	Ahorn,
3	Eichen,
2	Cornus,
2	Afazien,
6	Linden,
6	Spiräen,
6	Prunus pectus,
3	Goltheen,
4	Hieder,
2	Gormis.

Außerdem werden aus anderen Gärten in **Gr. Peterwitz** 20 Schac starke jüße Kirchbäume und manchfältige Geesträuche, wurzelnde Blätter, ein Sortiment Haselnüsse &c. &c. offerirt.

Portofreie Anfragen beantwortet das Rentamt in **Gr. Peterwitz**.

Auf der herzoglichen Schloß-Ratiborer Stammschäferei Niedane stehen 200 Stück von hiesigen Böcken gedekte, volljährige, gesunde, hochfeine Mutterböcke zum Verkauf, welche nach der Schur abgenommen werden können.

Außerdem sind aus einer hochfeinen Herde 20 Stück zweijährige Böcke zu verkaufen.

Nächstes darüber erbeitet auf portofreie Anfragen der Agent F. G. Kunze zu Ratibor in Oberschlesien.

Humboldt Cement-Pens

empfiehlt zu stark ermäßigten Preisen

Abr. S. Peiser, Breitestr. 20.

Ball-Krävatten,

Handschuhe, Cotillongegenstände und

Körper am Überbilligsten bei

Gebr. Korach,

Markt 40.

Stromsches Augenwasser ist in seiner bekannten Güte wieder vorrätig bei Ludwig Johann Meyer.

Moras haarstärkendes Mittel. Eau de Cologne philocomae, erfunden von A. Moras & Comp. in Köln, hemmt das Ausfallen der Haare unbedingt, per 1/2 Flasche 20 Sgr., per 1/2 Flasche 10 Sgr.

Echt zu haben bei



NB. Bestellungen von Ausserhalb werden gegen Post-Vorschuss oder Franco-Einsendung des Betrages prompt effectuirt.

Doppelte Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines Geschäfts, Markt- und Judensträfen. Ecke Nr. 100, habe ich den gänglichen Ausverkauf meines Eisen-, Fleisch- und Kurzwaren-Lagers beschlossen, und werde denselben zu sehr ermäßigten Preisen fortsetzen.

Posen, den 25. Februar 1860.

Elkeles.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April zurück.

Den 1. März wird die zweite Sendung Stroh-hute zum Waschen, Modernisiren und Färben nach Berlin befördert und erhalte ich dieselben im Monat April

